

Streit um Vorbereitung auf 13. Februar in Dresden / CDU rückt von Zugeständnis ab

Neues Deutschland 12.11.2011 Hendrik Lasch

Ein vom Bündnis »Dresden nazifrei!« für heute geplantes Blockadetraining sorgt für Kontroversen. Die CDU stellt deshalb eine gemeinsame Demonstration gegen Nazis im nächsten Februar wieder in Frage.

Selbst die Hausverwaltung suchte zu intervenieren: Die für das Bürogebäude in der Cottaer Straße 2 in Dresden verantwortliche Firma wollte ein »Blockadetraining« verbieten, das heute ab 15 Uhr in der Geschäftsstelle der Gewerkschaft ver.di geplant ist. Als Mieter dürfe man aber auch derlei »politische Veranstaltungen« ausrichten, beharrte ver.di-Chef Frank Fischer: »Bei uns bestimmen immer noch die Mitglieder die Politik und nicht ein Unternehmen.«

Damit ist der Weg frei für eine Veranstaltung, deren Ziel es eigentlich ist, »Souveränität in unübersichtlichen Situationen« zu erlangen. So jedenfalls formuliert es Franziska Radtke, die Sprecherin des Bündnisses »Dresden nazifrei!«, das zum Training lädt.

In der Politik freilich sorgt die Veranstaltung nicht für Gelassenheit, sondern für allerhöchste Aufregung vor allem im bürgerlichen Lager. Die FDP zeigt sich erschrocken, dass sich die Gewerkschaft »von potenziellen linken Gewalttätern vor den Karren spannen« lasse. Der CDU-Politiker Christian Hartmann erklärt, die Aktion sei »das falsche Signal für ein gemeinsames Handeln aller demokratischen Kräfte« gegen Naziaufmärsche im nächsten Februar und gefährde eine vorgesehene friedliche Großdemonstration.

Hartmanns Äußerung ist brisant. Schließlich war es gerade der Dresdner Abgeordnete, der mit einer Rede im Landtag kürzlich angedeutet hatte, dass Bemühungen um eine Überwindung der jahrelangen Spaltung von bürgerlichem und linkem Lager bei den Antinazi-Aktionen doch noch Erfolg haben könnten. Hartmann, der Polizist ist, hatte für eine Demonstration in Sicht- und Hörweite plädiert und damit eine Abkehr vom bisher in CDU und Regierung verfolgten Ansatz der strikten Trennung von Nazis und Gegnern angedeutet. Eine Arbeitsgruppe zum 13. Februar, in der Gewerkschaften, Parteien und Kirchen mitarbeiten, zu der das Bündnis »Dresden nazifrei!« aber nicht eingeladen wurde, hatte sich kürzlich auf eine solche Demo als kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt.

Während bisher vor allem die FDP diese Einigung torpediert und gemeinsame Aktionen mit »linken Chaoten« eine Absage erteilt hatte, erklärt nun auch die CDU, mit der Planung »rechtswidriger Blockaden« werde »geschlossenes Auftreten gegen Nazis unmöglich«.

Dagegen verteidigen linke Parteien die Aktion. Man dürfe nicht »einzelne Formen des gewaltfreien Protests gegeneinander ausspielen«, sagt die Grüne Eva Jähnigen, die ankündigte, am Training teilzunehmen. Auch die LINKE unterstützt das Vorhaben und sieht in Hartmanns Äußerungen ein »ärgerliches Ablenkungsmanöver«, wie der Stadtchef Hans-Jürgen Muskulus formuliert. Wie der nächste 13. Februar in Dresden ablaufe, hänge von der Bereitschaft der CDU ab, Protest in Sicht- und Hörweite »entlang der gesamten Strecke zuzulassen«.

Solche Äußerungen bekräftigen eine Sichtweise, wonach die Blockaden in den letzten beiden Jahren vor allem dem strikt durchgesetzten Trennungsgebot geschuldet waren und durch genehmigten Protest in Sicht- und Hörweite gewissermaßen überflüssig würden: Wenn die Bürger legal protestieren dürften, heißt es, müsse nicht zu den als legitim angesehenen, juristisch aber umstrittenen Blockaden gegriffen werden.

Das Bündnis »Dresden nazifrei!« freilich erklärte angesichts der Aufregung, man halte in jedem Fall an Blockaden fest. Zum dritten Male solle 2012 »ein Nazigroßaufmarsch durch Massenblockaden verhindert« werden. Bundesweit wird dafür schon jetzt mobilisiert - und heute trainiert.

ver.di trotz der Kritik am Blockadetraining

Gewerkschaft stellt ihre Räume für die Aktion zur Verfügung

Freie Presse online 11.11.2011 dapd

Dresden (dapd-lsc). Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di lässt sich trotz heftiger Kritik nicht davon abhalten, das umstrittene Blockadetraining vom Bündnis Dresden Nazifrei in ihren Räumen zu veranstalten. Friedliche Massenblockaden seien eine legitime Aktionsform gegen Naziaufmärsche und keine Straftat, erklärte die Gewerkschaft in einer am Freitag veröffentlichten Stellungnahme. Das für Samstag geplante Blockadetraining sei wichtig, "um die Menschen auf brenzlige Situationen vorzubereiten und einer Eskalation vorzubeugen".

Wegen der geplanten Aktion steht die Gewerkschaft nach eigener Auskunft im Konflikt mit der Hausverwaltung des Gebäudes in der Cottaer Straße. So soll die Verwaltung in den vergangenen Tagen versucht haben, das Blockadetraining zu untersagen. ver.di besteht allerdings darauf, dass in den angemieteten Räumlichkeiten auch politische Veranstaltungen durchgeführt werden dürfen. "Bei uns bestimmen immer noch die Mitglieder über unsere Politik, keine Unternehmen", erklärte Dresdens ver.di-Chef Frank Fischer.

Ein für Anfang Oktober geplantes Blockadetraining in den Räumen der TU Dresden war nach heftiger Kritik abgesagt worden. Mit den Blockaden will sich das Bündnis dem alljährlichen Aufmarsch von Rechtsradikalen in Dresden entgegenstellen. Vertreter von CDU und FDP sehen in den Blockaden eine Straftat. Innenminister Markus Ulbig (CDU) sagte am Donnerstag der Nachrichtenagentur dapd, dass die Blockaden eine Einladung für Gewalttäter darstellten und zudem rechtswidrig seien. "Diese engstirnige Haltung trägt zur Eskalation bei", sagte Ulbig.

Ehrung ohne Klausel

Demokratiepreis Sachsen verliehen / Bald erste Klage gegen Extremismuserklärung

Neues Deutschland 11.11.2011 Von Hendrik Lasch

Zum fünften Mal wurde der Sächsische Demokratiepreis verliehen - erstmals ohne Beteiligung des Landes. Grund ist der Zank um die Extremismusklausel, gegen die der designierte Preisträger 2010 klagen will.

Der Sieger trägt »Lonsdale«. In einem T-Shirt der britischen Marke nahm Sven Kaseler von der Initiative »Augen auf!« einen der beiden Hauptpreise des Sächsischen Demokratiepreises 2011 in Empfang und erinnerte damit an eine der ersten Aktionen des Oberlausitzer Vereins: Dieser lud das Modelabel, dessen Kleidung gern von Rechtsextremen getragen wurde, zu gemeinsamen Aktionen gegen Nazis ein, darunter ein Konzert in Zittau. »Lonsdale« lieferte unter anderem spezielle Shirts - mit dem Rückenaufdruck »Nazifrei!«

Kreativ und engagiert sind auch andere Projekte, mit denen »Augen auf« sich seit 2000 im Dreiländereck Respekt erarbeitet hat, darunter ein grenzübergreifendes Fußballturnier, Schulprojekte und Konzerttours. So habe man anfänglichen Anfeindungen getrotzt, sagt Kaseler. Heute behindert eher Bürokratie die Arbeit der Initiative - nicht zuletzt als Folge der »Demokratieerklärung«, die seit 2010 zivilgesellschaftlichen Projekten im Gegenzug für die Bewilligung von Fördergeldern abverlangt wird.

Die »Extremismusklausel« war allgegenwärtiges Thema bei der Ehrung. Bei der Preisverleihung im Vorjahr kam es ihretwegen erstmals zum Eklat. Die Unterzeichnung hatte Sachsens Staatsregierung, deren Chef Schirmherr des Preises war, zur Bedingung für eine Vergabe erklärt; der designierte Hauptpreisträger, die Initiative Akubiz aus Pirna, verwehrt das jedoch und lehnte den Preis ab. Die Staatsregierung sowie die Stiftungen der Frauenkirche und der Deutschen Bank riefen daraufhin einen »Bürgerpreis« ins Leben, der

kürzlich erstmals vergeben wurde.

Der Demokratiepreis lebt indes weiter: Die bisherigen Träger Antonio-Amadeu-Stiftung und Freudenberg-Stiftung sowie die Sebastian-Cobler-Stiftung brachten die Mittel selbst auf. »Wir kriegen das allein hin«, sagt Sebastian Krumbiegel, Musiker und Jurymitglied, »und zwar auch ohne Extremismusklausel.« Die Initiatoren betonen, dass sich trotz der Querelen 67 Initiativen beworben hätten.

Das mag einem Effekt geschuldet sein, den Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen schildert: Sehr viele Initiativen hätten sich durch den Streit um die Klausel, die Gutachten grundrechtswidrig nennen, mit der Frage beschäftigt, ob das aufgezwungene Bekenntnis rechtmäßig sei, und so zu einer »politischen Haltung gefunden«. Zudem gebe es »bundesweite Solidarisierung«, hebt Hanneforth hervor.

Zudem gibt es landauf, landab Schelte für die Vorreiterrolle des Freistaats bei der Umsetzung der - auch von Bundesministerien abgeforderten - Erklärung. Sachsen entwickle den Ehrgeiz, »in Fragen der Bürgerrechte besonders rückständig zu sein«, sagt der Jurist und Juror Rupert von Plottnitz, der Zweifel hegt, ob hier grundlegende bundesrepublikanische Werte gelten: »Ich komme mir vor, als ob ich in einem anderen Land bin.« Von Plottnitz verlangt, die Extremismusklausel, ähnlich wie einst den Radikalenerlass, als schädlich für die Demokratie zu beerdigen. Zudem hoffe er, dass der Streit gerichtlich ausgefochten wird.

Dazu könnte es bald kommen - erneut mit dem Akubiz als Vorreiter. Dieses hatte sich um Fördergelder aus dem Lokalen Aktionsplan beworben, war aber leer ausgegangen, weil es die in diesem Fall vom Bundesfamilienministerium abverlangte Extremismusklausel nicht akzeptierte. Ein Widerspruch wurde zurückgewiesen, nun werde geklagt, sagte der Vereinschef Steffen Richter: »Das ist nicht der von uns favorisierte Weg, aber die Ignoranz der Regierung macht es unumgänglich.« Die Klage richtet sich formal gegen den Landkreis als Ausreicher der Fördergelder. Beobachter halten es für wahrscheinlich, dass sie durch alle Instanzen gefochten wird und viel Zeit, Geld und Energie kostet.

Von Plottnitz wünscht sich dagegen eine »Obrigkeit, die Nazis aufs Korn nimmt und nicht diejenigen, die sich dagegen wehren« - und dafür alle Kraft brauchen, wie der zweite Hauptpreisträger, das Bunte Bürgerforum für Demokratie Limbach-Oberfrohna, bezeugt. Es wurde gegründet von Eltern alternativer Jugendlicher, die in der Kleinstadt einen Jugendclub gründeten, aber permanent von Nazis attackiert und von der Lokalpolitik wie von der Polizei allein gelassen werden. Die Eltern und andere Erwachsene wollen das nicht akzeptieren und engagierten sich - unter anderem mit selbst gestalteten Flyern, die über Parolen und Signets von Nazis aufklären. Auf die Frage nach Motiven gibt ein Beteiligter eine entwaffnende Antwort: »Man muss doch etwas tun!«

CDU und FDP kritisieren Blockadetraining von Dresden-Nazifrei - Grüne wollen mittrainieren

LVZ online 10.11.2011 Stephan Lohse / dpa

Dresden. Das angekündigte Blockadetraining des Aktionsbündnisses Dresden-Nazifrei hat wie erwartet für Proteste von CDU und FDP gesorgt. Vor allem die Tatsache, dass das Bündnis am Samstag in Räumen der Gewerkschaft Verdi üben will, sorgte für Kritik. „Ich kann nur an die Gewerkschaft appellieren, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Sie darf denjenigen, die gewalttätige und rechtswidrige Aktionen vorbereiten, keine Plattform bieten“, erklärte der Dresdner CDU-Landtagsabgeordnete Christian Hartmann.

"Es ist erschreckend, dass sich Verdi von potentiellen linken Gewalttätern vor den Karren spannen lässt. Ich sehe es als Liberaler nicht als Aufgabe einer Gewerkschaft, linken Chaoten Schulungen zum gewaltsamen Blockieren genehmigter Demonstrationen oder gar zum Widerstand gegen Polizisten zu ermöglichen",

ergänzte der FDP-Landtagsabgeordnete Benjamin Karabinski. „Aber letztlich müssen die Gewerkschaftsmitglieder entscheiden, ob sie dafür ihre Beiträge zahlen.“

Für Verdi-Landessprecher Jörg Förster sei die Kritik hingegen nicht nachvollziehbar. Es gehe um eine wichtige Übung, was auf einer Demo passieren könne. Man werde sich nicht verbieten lassen, friedlich gegen Nazis zu demonstrieren, so Förster gegenüber DNN-Online. Allerdings gebe es in Dresden noch Probleme. So habe sich der Vermieter der Verdi-Räume in der Cottaer Straße deutlich gegen das Training ausgesprochen und versuche, es zu untersagen.

Dem Bündnis zufolge dient das Training der Deeskalation. Die Proteste würden sich nicht gegen Polizisten richten, sondern gegen Nazis. „Wir hoffen, möglichst viele Menschen dazu bewegen zu können, mit einer klaren und transparenten Aktionsform sich den Nazis in den Weg zu stellen. Ziviler Ungehorsam ist im Kampf gegen Rassismus und Nationalsozialismus nicht nur legitim, sondern notwendig“, sagte die Sprecherin des Bündnisses, Franziska Radtke.

Rückendeckung erhielt Dresden-Nazifrei hingegen von den Grünen und den Linken. „Ich bin mit friedlichen Protesten aus der kirchlichen Friedensbewegung der DDR vertraut. Ich unterstütze deshalb das Ziel, gewaltfreie Protestaktionen gegen Nazi-Aufmärsche zu trainieren“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Eva Jähnigen. „Aus diesem Grund trainiere ich am kommenden Samstag beim Blockadetraining des Bündnisses 'Dresden Nazifrei' mit.“

Auch die Linke äußerte sich positiv. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass Blockadeteilnehmer besonnen handeln müssten. Dafür gebe das umstrittene Training wichtige Tipps. „Ziel ist es, auch im Jahr 2012 einen geplanten Großaufmarsch der extremen Rechten im Februar in Dresden zu blockieren“, sagte Landesvorstand Jens Thöricht.

Ankündigung zum Blockadetraining erhitzt die Gemüter

Innenminister Ulbig wirft Anti-Nazibündnis Eskalation vor - Kritik auch an ver.di

Freie Presse online 10.11.2011 dapd

Dresden (dapd-lsc). Das angekündigte Blockadetraining vom Bündnis Dresden Nazifrei hat einen erneuten Streit über den angemessenen Protest gegen Neonazi-Aufmärsche ausgelöst. Während Innenminister Markus Ulbig (CDU) dem Bündnis einen Schritt zur weiteren Eskalation vorwarf, kritisierten andere Vertreter der schwarz-gelben Regierungskoalition die Rolle der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, in deren Räumen das Training stattfinden soll.

„Es ist erschreckend, dass sich ver.di von potenziellen linken Gewalttätern vor den Karren spannen lässt“, sagte FDP-Innenexperte Benjamin Karabinski am Donnerstag. Seiner Auffassung nach ist es nicht die Aufgabe einer Gewerkschaft, „linken Chaoten“ Schulungen zum gewaltsamen Blockieren genehmigter Demonstrationen zu ermöglichen. Für die FDP gelte weiterhin, dass es keine Zusammenarbeit mit undemokratischen Kräften gebe.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Hartmann forderte die Gewerkschaft mit Verweis auf ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung auf, ihre Räume für das Blockadetraining nicht zur Verfügung zu stellen. „Sie darf denjenigen, die gewalttätige und rechtswidrige Aktionen vorbereiten, keine Plattform bieten“, sagte Hartmann. Ein Vertreter von ver.di war am Donnerstag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Innenminister Ulbig kritisierte das Festhalten des Aktionsbündnisses am umstrittenen Blockadetraining. „Diese engstirnige Haltung trägt zur Eskalation bei“, sagte er der Nachrichtenagentur dapd. Die Erfahrung zeige, dass Blockaden eine Einladung für Gewalttäter darstellten. Zudem seien Verhinderungsblockaden

rechtswidrig. Das Aktionsbündnis wolle sich offensichtlich nicht am gemeinsamen Protest gegen Rechtsextreme beteiligen.

Ein Sprecher des Bündnisses wies die Vorwürfe entschieden zurück. "Uns geht es nicht darum, irgendwelche gewaltsamen Sachen zu üben", sagte er der Nachrichtenagentur dapd. Die Proteste in Form von Menschenblockaden seien ein legitimes Mittel, um Neonazi-Aufmärsche zu verhindern. Die Mitglieder des Bündnisses hätten sich darauf verständigt, keine Gewalt auszuüben. Der Staatsregierung und den Vertretern von CDU und FDP gehe es mit ihrer vehementen Kritik offensichtlich darum, den Protest gegen Rechts zu kriminalisieren.

Die Grünen-Politikerin Eva Jähnigen kündigte an, am Blockadetraining am Samstag teilnehmen zu wollen. "Ich bin mit friedlichen Protesten aus der kirchlichen Friedensbewegung der DDR vertraut", sagte sie. Deswegen unterstütze sie die gewaltfreien Protestaktionen gegen Nazis.

Hintergrund der Aktion sind die alljährlichen Aufmärsche von Rechtsextremisten in Dresden rund um den 13. Februar. Das Gedenken an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg durch alliierte Bombardements wird seit Jahren genutzt, um einen der europaweit größten Aufmärsche von Rechtsextremen in der sächsischen Landeshauptstadt zu veranstalten. Seit einigen Jahren versucht das Bündnis Dresden Nazifrei diese Demonstrationen zu verhindern.

Bündnis "Dresden Nazifrei" nimmt zweiten Anlauf für Blockadetraining

Hintergrund der Aktion sind jährliche Aufmärsche von Rechtsextremisten in Dresden um den 13. Februar

Freie Presse online 09.11.2011 dapd

Dresden (dapd-lsc). Nach der Absage eines sogenannten Blockadetrainings an der TU Dresden plant das Bündnis "Dresden Nazifrei" für den kommenden Samstag eine entsprechende Aktion. In den Räumen der ver.di-Geschäftsstelle sollen Teilnehmer "wertvolle Tipps" bekommen, wie sie in schwierigen und unübersichtlichen Situationen besonnen handeln könnten, teilte das Bündnis am Mittwoch mit. Dabei gehe es nicht um konfliktfreie Großdemonstrationen, sondern die Abläufe einer Blockade, die von "affektiven Entscheidungen" geprägt seien.

Mit Nachdruck wies das Bündnis darauf hin, dass sich der Protest gegen Neonazis und nicht gegen Polizisten wende. Die Blockade sei dabei eine transparente Aktionsform, mit der sich möglichst viele Menschen den Rechtsextremen in den Weg stellen sollten. Das Blockadetraining am Samstag sei der Auftakt zu einer Reihe solcher Veranstaltungen.

Hintergrund der Aktion sind die alljährlichen Aufmärsche von Rechtsextremisten in Dresden rund um den 13. Februar. Das Gedenken an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg durch alliierte Bombardements wird seit Jahren genutzt, um einen der europaweit größten Aufmärsche von Rechtsextremen in der sächsischen Landeshauptstadt zu veranstalten. Seit einigen Jahren versucht das Bündnis "Dresden Nazifrei" diese Demonstrationen zu verhindern.

Ein für Anfang Oktober geplantes Blockadetraining in den Räumen der TU Dresden wurde nach zum Teil heftiger Kritik abgesagt. Vertreter von Politik, Polizeigewerkschaft und der Uni-Leitung hatten sich gegen das Trainieren von Demonstrationsblockaden in den Räumen der Uni ausgesprochen. Dabei argumentierten die Kritiker, dass solche Aktionen rechtswidrig seien.

Jenaer Jugendpfarrer König rechnet mit Anklage

OTZ 09.11.11 dapd

Der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König aus Jena rechnet eigenen Angaben zufolge mit einer Anklage gegen ihn. "Wir gehen davon aus, dass der Prozess eröffnet wird", sagte König am Mittwoch in Dresden.

Dresden. Es werde ein schwieriger Prozess, weil es keine "richtigen Fakten", sondern nur "weiche Fakten" gebe. Die Ermittlungen seien in eine Ecke getragen worden, aus der die Ermittler ohne Gesichtsverlust nicht mehr rauskämen.

König war wegen Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden ins Visier der sächsischen Ermittler geraten. Bei der Demonstration soll König als Fahrer und Halter eines Kleintransporters über Lautsprecher zu Gewalttaten gegen Polizisten aufgefordert haben. Am 10. August durchsuchten sächsische Polizisten seine Wohnung.

Jenaer Jugendpfarrer rechnet mit Prozess

König bekräftigt Kritik an sächsischen Ermittlern

Freie Presse online 09.11.2011 dapd

Dresden (dapd-lsc). Der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König rechnet damit, dass es zu einem Gerichtsverfahren gegen ihn kommt. "Wir gehen davon aus, dass der Prozess eröffnet wird", sagte König am Mittwoch bei einer Podiumsdiskussion in Dresden. Es werde ein schwieriger Prozess, weil es keine "richtigen Fakten", sondern nur "weiche Fakten" gebe. Die Ermittlungen seien in eine Ecke getragen worden, aus der die Ermittler ohne Gesichtsverlust nicht mehr rauskämen.

Zugleich bekräftigte König seine Kritik an den sächsischen Ermittlern, sie wollten mit ihrem Vorgehen den alljährlichen Protest gegen Aufmärsche von Rechtsextremen in Dresden brechen.

König war wegen Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden ins Visier der sächsischen Ermittler geraten. Bei der Demonstration soll König als Fahrer und Halter eines Kleintransporters über Lautsprecher zu Gewalttaten gegen Polizisten aufgefordert haben. Am 10. August durchsuchten sächsische Polizisten seine Wohnung.

Kritik äußerten die Podiumsteilnehmer auch an der umstrittenen Extremismusklausel. So sagte etwa der Vorsitzende des Alternativen Kultur- und Bildungszentrums Pirna (Akubiz), Steffen Richter, die sogenannte Demokratieerklärung sei "schlichtweg die Behinderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen". Dadurch werde Rechtsextremen der Rücken gestärkt.

Das Akubiz will als erster sächsischer Verein gegen die Klausel klagen. Sächsische Vereine müssen die Erklärung zur Demokratietreue abgeben, wenn sie Zuschüsse aus Förderprogrammen des Landes erhalten wollen.

Weiter Streit ums Versammlungsgesetz

Rechtsexperten kritisieren den Gesetzesentwurf

Freie Presse online 09.11.2011 dapd

Dresden (dapd-lsc). Der umstrittene Entwurf des sächsischen Versammlungsgesetzes sorgt weiterhin für politischen Zündstoff. Nachdem der Verfassungsgerichtshof eine erste Version wegen Formfehlern gekippt hatte und die Staatsregierung denselben Gesetzestext unter Protest der Opposition erneut in den Landtag einbrachte, fällt das geplante Gesetz bei Rechtsexperten nun durch. Bei einer Anhörung im Rechtsausschuss kritisierten mehrere Sachverständige am Mittwoch den Entwurf.

Nach Angaben der Grünen äußerte lediglich der von der Staatsregierung bereits bei der Affäre um die Handydatenabfrage beauftragte Berliner Professor Ulrich Battis keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Andere Sachverständige hätten hingegen mit Unverständnis darauf reagiert, dass der vom sächsischen Verfassungsgerichtshof wegen gravierender Formfehler gekippte Gesetzesentwurf nun erneut ohne inhaltliche Änderungen wieder eingebracht werde. Auch die wortgleiche Übernahme eines Bundesgesetzes aus dem Jahr 1953, in dem veraltete Regelungen enthalten sind, sei beanstandet worden.

Das geplante Gesetz wird von der Opposition insbesondere deswegen kritisiert, weil damit Demonstrationen an historisch bedeutsamen Orten verboten werden können. Neonazi-Aufmärsche an der Dresdner Frauenkirche sollen dadurch zum Beispiel verhindert werden. SPD, Grüne und Linke bemängeln aber eine generelle Einschränkung der Demonstrationsfreiheit. Nach Angaben der Grünen machte der Leipziger Rechtsprofessor Christoph Enders im Ausschuss deutlich, dass nationalsozialistische Meinungen damit sowieso nicht verboten oder verhindert werden können.

Nach Einschätzung der SPD-Rechtsexpertin Sabine Friedel ist der Entwurf in der Expertenanhörung "nahezu unisono tiefgreifenden verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Bedenken begegnet". Der Vorschlag eines Experten sei es sogar gewesen, "den völlig untauglichen" Text zu "beerdigen" und ein neues Gesetz zu erarbeiten. Friedel forderte in diesem Zusammenhang ein modernes, liberales und anwenderfreundliches Versammlungsgesetz. Dies sei angesichts der starren Haltung von CDU und FDP aber ein Wunschtraum.

Der Rechtsexperte der Linksfraktion, Klaus Bartl, warf der Staatsregierung sogar Arroganz und Ignoranz vor, weil diese das vom Verfassungsgericht einkassierte Gesetz nun zum zweiten Mal durchbringen wolle. Sollten die inhaltlichen Defizite nicht beseitigt werden, bringe das Gericht das Gesetz erneut zu Fall.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Marko Schiemann, äußerte sich nach der Expertenanhörung im Landtag erwartungsgemäß positiv und rechtfertigte das beabsichtigte Demonstrationsverbot an historischen Plätzen. Diese Regelung schütze die Demonstrationsfreiheit der Bürger und respektiere den Symbolwert besonders sensibler Straßen und Plätze.